

A photograph of a wind turbine's nacelle and blades against a clear blue sky. The image is partially obscured by a dark blue overlay on the right side, which contains the text and logo. The overall design is modern and clean, with a focus on renewable energy.

15. Jahrgang

# JAHRES- BERICHT 2024/25

Wirtschaftspolitische Akademie  
Steiermark





Ein besonderes Jubiläum liegt hinter uns: 15 Jahre Wirtschaftspolitische Akademie Steiermark – eine Zeitspanne, die nicht in jedem Kontext lange erscheinen mag; aber als Studierendenverein sind wir schon ein wenig stolz auf dieses Ereignis, das wir im aktuellen Berichtsjahr feierlich begehen durften. Es war eine tolle und sehr besondere Gelegenheit, um auf das gemeinsam Erlebte zurückzublicken, sich mit alten Bekannten auszutauschen und einige entspannte Stunden in gemütlichem Rahmen zu verbringen. Seit jeher verfolgen wir das Ziel, Studentinnen und Studenten aus den unterschiedlichsten Studienrichtungen und den verschiedenen Hochschulen zusammenzuführen und Impulse für angeregte Diskussionen und eine Erweiterung des persönlichen und politischen Horizonts zu liefern. Unsere Schwerpunkte mögen sich über die Jahre durchaus verändert haben, aber eines blieb gleich: hochkarätige Vortragende, die mit ihrer Expertise wertvolle Inputs geben, die wir wiederum in den unterschiedlichsten Formaten gemeinsam diskutieren und vertiefen. Trotz bewegter Zeiten bieten wir bis heute Jahr für Jahr zahlreichen Studierenden einen niederschweligen und kostenfreien Zugang zu außeruniversitärer Weiterbildung. Unser Motto „Wirtschaftliches Handeln erfordert soziale Verantwortung“ ist dabei seit der Vereinsgründung unsere zentrale Leitplanke und unser Kompass: wir möchten Raum für Inhalte abseits des über weite Strecken vorherrschenden neoliberalen Diskurses schaffen und gleichzeitig offen für den kritischen Austausch, für divergierende Ansichten und für lebhaftige Diskussionen bleiben. Zentraler Eckpfeiler der WIPOL Steiermark ist es, allen Interessierten eine möglichst niederschwellige Partizipation zu ermöglichen – unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund oder dem Umfang des bestehenden (volks-)wirtschaftlichen Vorwissens. Ein studentischer Verein wie die WIPOL Steiermark kann nur durch einen hohen Grad an Idealismus und Engagement langfristig fortbestehen. Insbesondere haben unsere ausschließlich ehrenamtlich tätigen Mitglieder

der Jahrgangslösungen der vergangenen Jahre und alle unsere Vortragenden zum Erfolg des Vereins entscheidend beigetragen. Darüber hinaus sind wir der AK Steiermark für die langjährige verlässliche Unterstützung außerordentlich dankbar. Die Veranstaltungen mit den unterschiedlichsten Vortragenden aus den Reihen der AK sind seit jeher eine Bereicherung für unsere Jahrgangsteilnehmer:innen. Auch der kürzlich zu Ende gegangene 15. Jahrgang hat sich wieder sehr abwechslungsreich gestaltet: Vorträge und Diskussionsreihen zu Alternativen in der Wirtschaftspolitik, Migration, Verschwörungstheorien oder der Klimakrise wurden ergänzt durch einen Besuch im Landtag Steiermark und eine angeregte Podiumsdiskussion zum Wirtschaftsstandort Steiermark. Ein besonderes Highlight war sicherlich das mit ausgesprochen viel Engagement organisierte Weltklimaspiel, das auf interaktive Weise die Zusammenhänge der großen Themenfelder Wirtschaft, Klima und internationale Zusammenarbeit veranschaulichte. Das Weltklimaspiel begeisterte die Jahrgangsteilnehmer:innen und wird deshalb nachhaltig in Erinnerung bleiben. Neben notwendiger Kontinuität lebt jede Organisation auch vom richtigen Maß an Veränderung. Für uns als Vereinsvorstand ist nun der richtige Zeitpunkt für einen größeren Wechsel gekommen: vier von uns werden ihre aktive Tätigkeit in der WIPOL Steiermark voraussichtlich im Herbst beenden und Raum für neue kreative und motivierte Köpfe schaffen, wobei wir uns sehr freuen, dass Christina Praßl mit ihrer Motivation und Expertise dem Vorstand weiterhin erhalten bleiben wird. Wir sind der festen Überzeugung: frische Ideen und die nötige Tatkraft sind unerlässlich, um als Verein von Studierenden und für Studierende langfristig bestehen zu können.

**Christina Praßl**  
**Felix Kampus**  
**Laura Böhm**  
**Matthias Salomon**  
**Raffael Reithofer**

*Der Vorstand der WIPOL Steiermark*

14|10|24

# STARTVERANSTALTUNG

Willkommen im 15. Jahrgang!

Autor:  
David Mödritzer



Am 14. Oktober 2024 durfte die Wirtschaftspolitische Akademie Steiermark (WIPOL) die neuen Mitglieder des 15. Jahrgangs zur offiziellen Willkommensveranstaltung begrüßen. Die Jahrgangsführung, bestehend aus David Mödritzer, Lilli Frei, Laurenz Lauffer und Johannes Wittman, freute sich darauf, die neuen Teilnehmenden in der gemütlichen Atmosphäre des Schubertnests willkommen zu heißen.

## **Kennenlernspiele und erste politische Diskussionen**

Nachdem sich die Jahrgangsführung vorgestellt hatte, starteten wir mit einem lockeren Kennenlernspiel, das uns allen sowohl Konzentration als auch Ballwurfgeschick abverlangte. Anschließend stellten wir uns spannenden

Fragen, bei denen wir uns je nach Meinung im Raum positionierten. Anfangs ging es noch um leichte Themen, wie die Entfernung des Geburtsortes von Graz.

Doch bald folgten politische Fragen, wie etwa ob freie Märkte die Gesellschaft in die beste der möglichen Welten befördere, wo sich der kritische und diskussionsfreudige Charakter des diesjährigen WIPOL-Jahrgangs zeigte.

## **Stille Post mit viel Emotion und Humor**

Ein weiteres Highlight war eine besondere Übung mit persönlich wichtigen Gegenständen. Jeder von uns brachte einen Gegenstand mit, der eine emotionale Bedeutung hatte.

In der ersten Runde erzählten wir einer Person die Geschichte

hinter unserem Gegenstand und überreichten ihn dann an unser Gegenüber. Daraufhin begann eine „Stille Post“-ähnliche Dynamik:

Der erhaltene Gegenstand und seine Geschichte wurden in mehreren Runden an eine neue Person weitergegeben. Die Geschichten veränderten sich dabei oft auf humorvolle Weise, was in überraschenden und oft verwirrenden Momenten endete. Schließlich versuchten wir im Sesselkreis, die ursprünglichen Besitzer:innen der Gegenstände anhand der Geschichte zu erraten, was zu vielen lustigen und schönen Momenten führte.

## **Ein schöner Abend endet**

Als Belohnung für die gelungenen Spiele wartete ein gemein-

sames Abendessen auf uns. Bei köstlichem orientalischem Essen, dem ein oder anderen Getränk und weiteren, angeregten Gesprächen ließen wir den Abend ausklingen. Am Ende dieses gelungenen ersten Treffens gingen

wir wieder auseinander, begleitet von einer Vorfreude auf ein spannendes Jahr mit inspirierenden Vorträgen, neuen Freundschaften und wertvollen Erfahrungen. Wie im weiteren Verlauf des Jahresberichts

noch ersichtlich sein wird, war die Vorfreude auf den neuen Jahrgang mehr als berechtigt: Erwartete die den neuen Jahrgang doch ein buntes Programm aus Vorträgen, Diskussionen und Ausflügen

## Unser Leitbild

Die WIPOL ist ein privater und unabhängiger Verein, der 2007 von einer Gruppe kritischer WirtschaftsstudentInnen mit dem Ziel gegründet wurde, ein Netzwerk zu bilden, das die Wirtschaft ganzheitlich betrachtet und hinterfragt. Aufgrund des Erfolges des ersten Jahrgangs wurden seitdem jährlich – jeweils im Oktober – neue Jahrgänge ins Leben gerufen. Heute richtet sich die WIPOL an engagierte Studierende, die über den Tellerrand der universitären Lehre hinaus blicken und an einem kritischen Diskurs interessiert sind. Der Zertifizierungslehrgang, an dem jährlich insgesamt 100 TeilnehmerInnen in Österreich partizipieren, spannt sich über die Dauer von einem Jahr und kann an den Standorten Wien, Graz und Innsbruck absolviert werden. Während dieses Zeitraums wer-

den wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Themen diskutiert und interdisziplinär erarbeitet. Das Programm wird durch das WIPOL-Team, bestehend aus ehemaligen TeilnehmerInnen, selbst organisiert und koordiniert. Unser Motto lautet **Wirtschaftliches Handeln erfordert soziale Verantwortung**. Die vorherrschende wirtschaftspolitische Diskussion ist sehr stark von Machtstrukturen dominiert, die die Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Wissenschaft verzerren und die Leistungen jener arbeitenden Menschen in den Hintergrund stellen, welche die eigentlichen Leistungsträger der europäischen Volkswirtschaften sind. Wir begreifen die Wirtschaft als in Wechselwirkung zu Gesellschaft, Politik und Medien stehend und sehen, dass wirtschaftliche Entscheidun-

gen maßgeblichen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen ausüben. Wir sind davon überzeugt, dass wirtschaftliches Handeln die Wahrnehmung sozialer Verantwortung bedarf, die Sozialpartnerschaft und der österreichische Wohlfahrtsstaat Werte darstellen, die erneuert und gesichert werden müssen, Wirtschaft und Gesellschaft weltoffen und international ausgerichtet sein müssen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nur durch höchstmögliche Bildungschancen für alle erreicht werden kann und die Stellung von Frauen in der gesamten Wirtschaft und in Spitzenpositionen im Besonderen gestärkt werden muss. Auch die Themen Umwelt und nachhaltiges Wirtschaften werden immer stärker in Veranstaltungen der WIPOL integriert.



# Wirtschaftspolitik: eine Problemskizze

Ein Vortrag von Daniel Reiter (Uni Graz)

21|10|24

Autor:  
David Mödritzer



Nicht lange mussten die kürzlich an Board geholten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des neuen WIPOL-Jahrgangs warten, bis die erste inhaltliche Auftaktveranstaltung anstand: Daniel Reiter, Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für VWL an der Uni Graz, stellte sich keiner geringeren Aufgabe, als die Grundfragestellung der Wirtschaftspolitik sowie ihre Probleme in einem knapp anderthalbstündigen Vortrag zu umreißen. „Natürlich sehr ambitioniert“ sei das, so unser Gast, bevor er loslegte. Aber so viel sei gesagt: Der kurzweilige Vortrag eignete sich gut als Einführungsveranstaltung in das Themengebiet. Besonders die Studierenden, die keinen Economics-Hintergrund haben, er-

langten an diesem Abend einen guten Überblick, ohne jedoch mit schwerverdaulichen Theorien und Herleitungen erschlagen worden zu sein.

Es gibt zwei Arten der Wirtschaftspolitik: die theoretische und die praktische. Zu Letzterer zählen Aufgabenfelder wie die Ordnungs-, Struktur- und Konjunkturpolitik. Für Reiter zähle hierzu aber auch die Sozialpolitik. Mittlerweile würden viele auch Umweltpolitik dazuzählen.

## Theoretisches Fundament

Um die Grundfragen der Wirtschaftspolitik mehr zu verstehen, legte unser Gast für den Vortrag ein theoriegeschichtliches Fundament. Denn zentrales Problem der Wirtschaftspolitik sei: „Auch

nach mehr als 300 Jahren ökonomischen Denkens, ist man sich noch immer nicht einer Meinung, wie stark ein Staat überhaupt in die Wirtschaft eingreifen soll.“

Über Persönlichkeiten und Denkschulen, die die Wirtschaftswissenschaften stark prägten, arbeitete Reiter so zwei Hauptströmungen der wirtschaftspolitischen Ansichten heraus: Liberale, die für möglichst viel Marktfreiheit und Individualität stehen, stehen jenen gegenüber, die einen staatlichen Eingriff in das makroökonomische Geschehen auf verschiedenste Formen für notwendig halten.

So erzählte unser Gast vom Merkantilismus als dem ersten wirtschaftspolitischen System, das vor allem ein Mehr an Macht

durch mehr Reichtum anstrebte. Auch Adam Smith, der schon damals (neben vielen anderen wichtigen ökonomischen Erkenntnissen) die Wichtigkeit von Bildungspolitik erkannte spielte eine Rolle. Weiters waren da Karl Marx, als Kritiker des klassischen Liberalismus sowie des Say'schen Gesetzes, Alfred Marshall, der einen staatlichen Eingriff für öffentliche Güter forderte, die Neoklassiker, die auf den Homo Oeconomicus als ihren Hauptakteur setzten, den Keynesianismus, der nur durch eine regierungsgesteuerte Makroökonomie Vollbeschäftigung für möglich hält und strikt zwischen Makro- und Mikroebene trennt, sowie den Monetaristen und deren größten Feinde, die Inflation und der Wohlfahrtsstaat. Den theoretischen Input beschloss Daniel Reiter mit den drei

von Richard Musgrave definierten Funktionen eines Staates (Allokationsfunktion, Verteilungsfunktion, makroökonomische Stabilisierungsfunktion) und dem „magischen Vieleck“, ein Konzept, das die verschiedenen Ziele der Wirtschaftspolitik veranschaulicht.

So weit, so gut in der Theorie: Aber wie sieht Wirtschaftspolitik in der Praxis aus? Der Ökonom stieß kurz das Thema Fachkräftemangel an: Dieser sei besonders durch den demographischen Wandel stark auf dem Vormarsch. Mögliche Lösungen dafür sieht Reiter etwa in der Migration und durch Schließen des Gender Gap. Denn nur so könne das Erwerbspotential ausgeschöpft und der Fachkräftemangel gemildert werden. Am Schluss des Vortrags blieb noch Zeit für Fragen: Vor al-

lem der wissenschaftliche Diskurs in den Wirtschaftswissenschaften interessiert die Teilnehmer\*innen: Etwa wie ernst Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem und der Wirtschaftspolitik (Stichwort: Doughnut Economy, Degrowth) wahrgenommen werden oder ob er sich vorstellen könne, dass Ökonom\*innen irgendwann einmal – nach jahrhundertelanger Uneinigkeit – einstimmig für eine bestimmte Form der Wirtschaftspolitik argumentieren würden. Dazu gibt uns unser Gast abschließend folgende Weisheit mit auf den Weg: „Wirtschaftspolitik ist keine Naturwissenschaft.“ Denn ihr zentraler Gegenstand sei der Mensch, dessen Verhalten nie in eine allgemeingültige mathematische Formel übersetzt werden könne.



# Alternativen zum Kapitalismus

Teil 1: Grünes Wachstum im Fokus

30|10|24

Autorin:  
Lilli Frei



In einer spannenden Diskussionsrunde haben wir Grünes Wachstum unter die Lupe genommen. Die Diskussionsrunde am 30.10.2024 war der Start in einer Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der Pluralen Ökonomik Graz. An insgesamt drei Abenden zwischen Ende Oktober und Anfang Dezember 2024 sind wir zusammengekommen, um offen über Grundfragen der Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Dabei lautete das Motto: Welche Alternativen gibt es zum Kapitalismus, und was sind ihre jeweiligen Vor- und Nachteile? In der ersten Ausgabe diskutierten wir die Strategie, die zum Beispiel der Green Deal der EU vorschlägt: Grünes Wachstum. Nach einem kurzen Inputvortrag von Karl Reimer öffneten wir eine Diskussion

unter der Moderation von Lilli Frei: Brauchen wir grünes Wachstum? Kann man Wirtschaftswachstum und Emissionen trennen? Und welche Rolle spielen technische Innovationen in der Lösung unserer sozialen und ökologischen Herausforderungen?

## Was ist Grünes Wachstum und wie soll es funktionieren?

Das Konzept des Grünen Wachstums setzt darauf, wirtschaftliches Wachstum mit dem Schutz der Umwelt zu verbinden. Ein Hauptziel ist die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltschäden. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem der Staat ökologische Rahmenbedingungen setzt und Innovationskraft gefördert wird. Neue Technologien und Geschäfts-

modelle, so wird argumentiert, könnten effizientere und umweltfreundlichere Produktionsprozesse ermöglichen. Durch die gezielte Förderung nachhaltiger Technologien sollen Ressourcen geschont und Emissionen reduziert werden, während die Wirtschaft weiter wächst.

## Die Kritik: der Planet und die Gesellschaft hat Grenzen

Allerdings gibt es auch ernsthafte Bedenken. Kritiker\*innen betonen, dass der Kapitalismus in jeder Form dazu neigt, planetare Grenzen zu überschreiten, indem er die Ressourcen des Planeten übermäßig beansprucht. Studien zeigen, dass bisher kein empirischer Beweis für eine ausreichende Entkopplung von Wachstum und Emissionen existiert. Zusätz-

lich gibt es das Problem der „Externalisierung“:

Emissionen werden oft in Länder des Globalen Südens verlagert, was das Problem globaler Ungleichheiten verschärft und eine Entkopplung verhindert. Auch die Abhängigkeit von zukünftigen Innovationen wird kritisch gesehen.

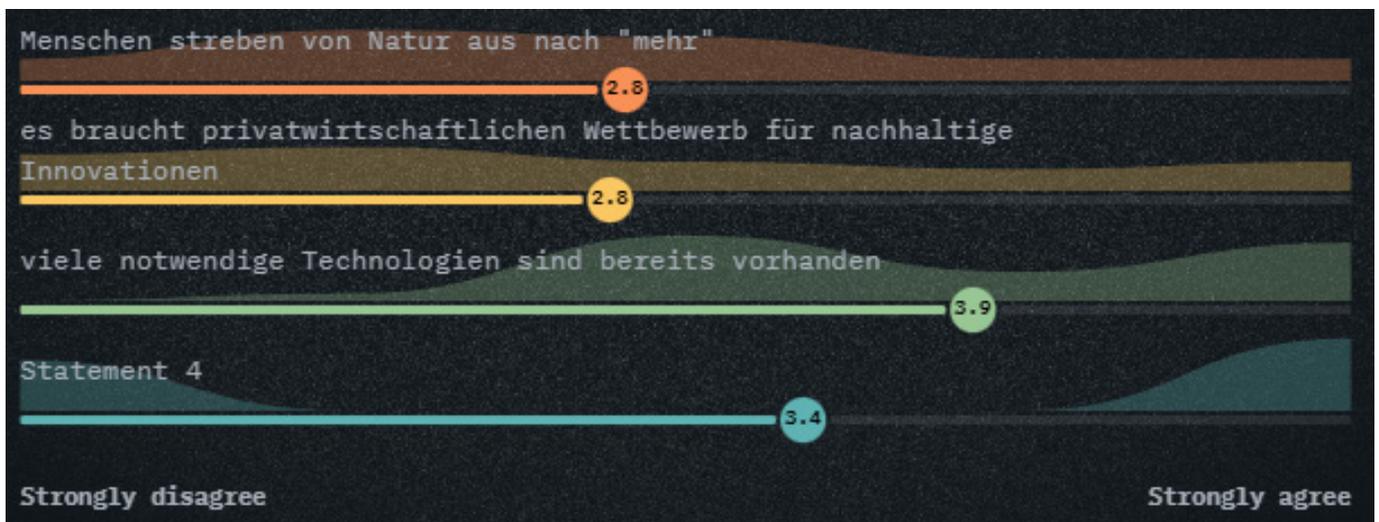
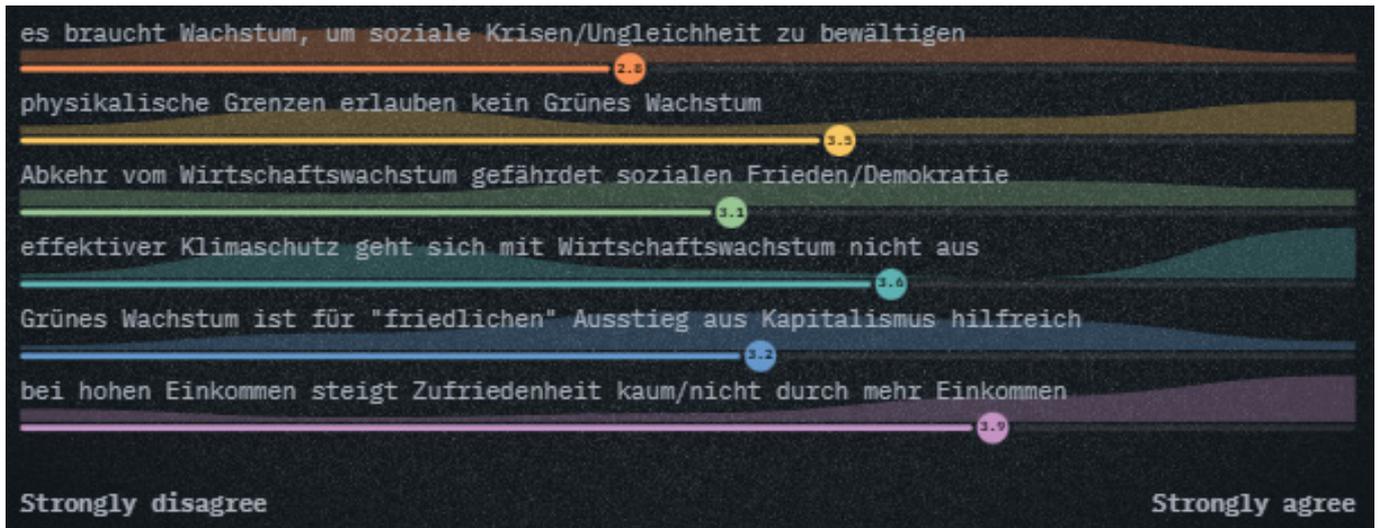
Obwohl technologische Fortschritte das Potenzial zur Verbesserung der Effizienz haben, tritt

oft ein sogenannter Rebound-Effekt ein: Die gewonnenen Effizienzvorteile führen paradoxerweise zu mehr Konsum und damit zu höheren Emissionen.

Ebenso ist das im EU Green Deal verankerte Ziel einer Kreislaufwirtschaft umstritten. Einige Expert\*innen befürchten, dass physische Grenzen, wie etwa Energieverluste, das Erreichen von geschlossenen Rohstoff- und Energiekreisläufen verunmöglich-

chen. Unsere Diskussionsrunde hat einige offene Fragen zurückgelassen. Viele davon konnten wir jedoch beim zweiten Teil unserer Diskussionsrunde vertiefen. Denn, die unterliegende Grundfrage lautet:

Brauchen wir Wachstum? Liegt es in der Natur des Menschen, nach unendlichem Wachstum zu streben, oder könnten wir lernen, „gut genug“ als Ziel zu akzeptieren? – die Diskussion geht weiter.



Am Ende der Diskussionsrunde durften unsere Teilnehmer\*innen auch mit dem Handy abstimmen. Das waren die Ergebnisse.

# Alternativen zum Kapitalismus

## Teil 2: Degrowth als Lösung?

14|11|24

Autorin:  
Lilli Frei



Am 14. November 2024 ging die Diskussionsreihe ‚Alternativen zum Kapitalismus‘ in die zweite Ausgabe. Gemeinsam mit der Pluralen Ökonomik Graz nahmen wir diesmal Degrowth in den Fokus. Kann der Verzicht auf Wirtschaftswachstum zur Lösung unserer ökologischen und sozialen Probleme beitragen?

Nach einem einleitenden Vortrag von Karl Reimer diskutierten wir abwechselnd in Kleingruppen und einer Fish-Bowl-Diskussion unter der Moderation von Lilli Frei:

Liegt das Streben nach Mehr in der Natur des Menschen? Lässt sich Suffizienz als Grundwert etablieren? Wer darf wachsen, wer muss schrumpfen? Und: Welche geopolitischen Folgen hätte Degrowth, etwa für die EU?

### Was ist Degrowth und wie soll es funktionieren?

Degrowth, oder Postwachstumsökonomie, stellt das Konzept des unendlichen Wirtschaftswachstums infrage. Die Bewegung argumentiert, dass Wohlstand auch ohne ständiges Wachstum möglich ist und dass unsere Gesellschaft lernen muss, „gut genug“ statt „immer mehr“ anzustreben. Zentral dabei ist die Idee der Suffizienz: Ein bewusster Verzicht auf übermäßigen Konsum und Ressourcenverbrauch könnte nicht nur die Umwelt entlasten, sondern auch mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.

Degrowth fordert eine Umverteilung von Wohlstand und eine Neupriorisierung gesellschaftlicher Werte, weg von reinem Wirtschaftswachstum hin zu Lebens-

qualität und Nachhaltigkeit. Auch der Fokus auf lokale Wirtschaftskreisläufe und gemeinschaftliche Strukturen wird als Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft gesehen.

### Die Kritik: Ist Degrowth realistisch?

Degrowth wird häufig als „Politik des Verzichts“ wahrgenommen. Kritiker\*innen argumentieren, dass Verzicht gesellschaftlich schwer durchsetzbar ist, insbesondere in Wohlstandsgesellschaften, in denen Konsum und Wachstum tief verwurzelt sind. Denn Degrowth steht im Widerspruch zu den Grundmechanismen des Kapitalismus, der ohne Wachstum nicht bestehen kann. Wirtschaftsexpert\*innen warnen vor möglichen Folgen: Ohne

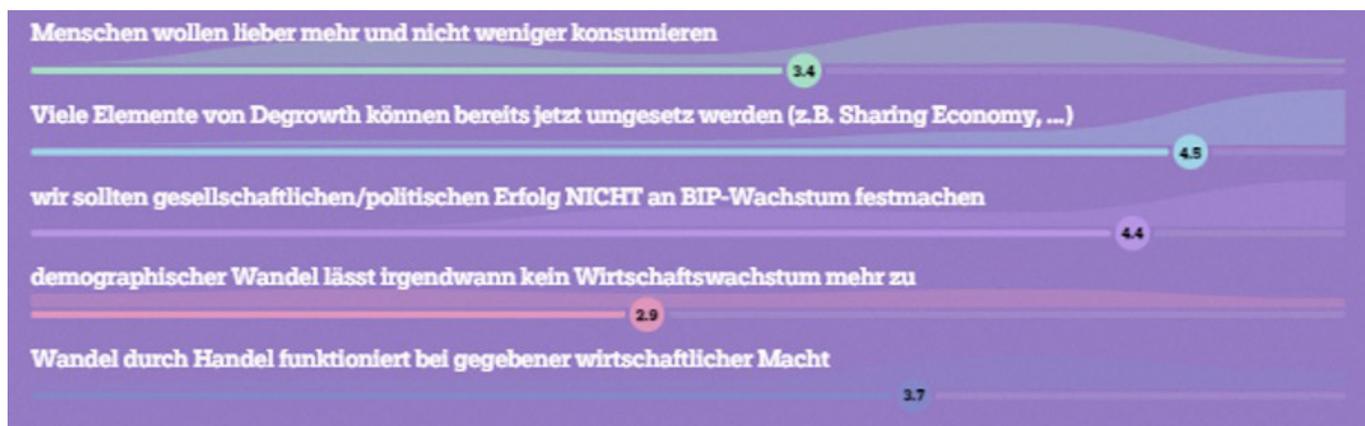
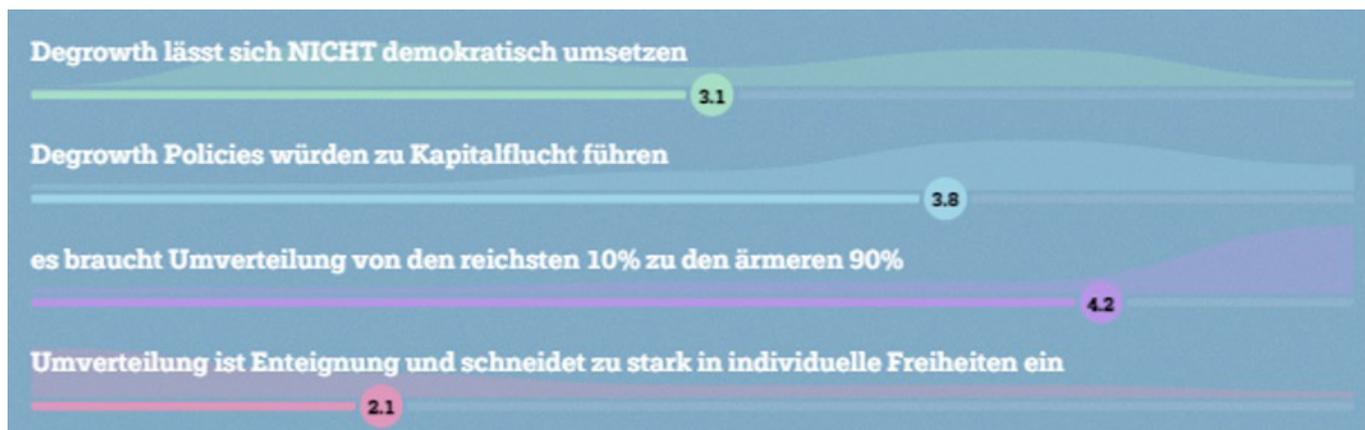
Wachstum könnten Arbeitsplätze verloren gehen. Und dadurch könnte schließlich sogar die politische Stabilität gefährdet sein. Ein weiterer Kritikpunkt ist der potenzielle Verlust geopolitischer Macht. Wenn beispielsweise die Europäische Union Degrowth-Strategien verfolgt, könnten andere Regionen, die weiterhin auf Wachstum setzen, einen ökonomischen, militärischen und damit auch einen

machtpolitischen Vorteil erlangen. Schließlich wird Degrowth oft als utopisch angesehen. Wie kann Degrowth auf globaler Ebene umgesetzt werden? Und wie geht man sicher, dass dabei nicht bestehende Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und Süden verschärft werden?

### Fazit und Ausblick

Die Diskussion hat verdeutlicht: Einige Ziele von Degrowth, wie

etwa die Etablierung von mehr gemeinschaftlichen Strukturen können bereits jetzt auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Auf der globalen Ebene sehen die Teilnehmer\*innen eine Umsetzung von Degrowth in der kurzen Frist als unwahrscheinlich an. Eine Antwort ist klar: Alternativen wie Degrowth laden uns ein, unser Verhältnis zu Wachstum, Konsum und Wohlstand grundlegend zu überdenken.



Abermals durften unsere Teilnehmer\*innen nach der Diskussionrunde über mehrere Thesen abstimmen. Das waren die Ergebnisse.

# Alternativen zum Kapitalismus

04|12|24

Autorin:  
Lilli Frei

Teil 3: Sind Kommunismus und Sozialismus realistisch?



Am 04.12.2024 ging die Veranstaltungsreihe „Alternativen zum Kapitalismus“ in die letzte Runde. Gemeinsam mit Karl Reimer, Lilli Frei und der Pluralen Ökonomik Graz diskutierten wir zentrale Fragen rund um Kommunismus und Sozialismus: Sind diese beiden Konzepte realistische Alternativen zum Kapitalismus? Was bedeutet Herrschaft, und wann ist sie legitim? Kann eine Planwirtschaft den Überkonsum und die damit verbundenen ökologischen Probleme eindämmen? Gibt es in Planwirtschaften mehr oder weniger Innovation? Und arbeiten Menschen auch ohne Arbeitszwang?

Zuächst aber eine Definition: Beide Konzepte setzen sich kritisch mit den Ungleichheiten des Kapitalismus auseinander, verfolgen

jedoch unterschiedliche Ansätze:

*Sozialismus* strebt eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Macht an. Dies geschieht häufig durch staatliche Kontrolle wichtiger Produktionsmittel, wobei der Markt in abgeschwächter Form erhalten bleibt. Ziel ist es, soziale Gerechtigkeit und eine Balance zwischen individuellem Wohlstand und Gemeinwohl zu erreichen.

*Kommunismus* geht einen Schritt weiter und zielt auf eine klassenlose Gesellschaft ab, in der alle Produktionsmittel gemeinschaftlich organisiert sind. Privateigentum an Produktionsmitteln wird abgeschafft und vollkommen vergesellschaftet. Der Austausch von Waren erfolgt nach dem Prin-

zip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Der wesentliche Unterschied liegt in der Rolle des Staates und der schrittweisen Umsetzung: Sozialismus versteht sich oft als Übergangsphase, während Kommunismus die Endstufe darstellt.

## **Die Kritik: autoritär, ineffizient, unrealistisch**

Der Kommunismus wird oft mit autoritären Systemen assoziiert, die in der Vergangenheit gescheitert sind. Zentrale Planwirtschaften erwiesen sich häufig als ineffizient, und die mangelnde wirtschaftliche Flexibilität führte zu Versorgungsengpässen. Auch wird bezweifelt, dass Menschen ohne finanzielle Anreize langfristig motiviert bleiben. Der Sozialismus steht hingegen häufig

wegen seiner oft hohen Bürokratie und der potenziellen Gefahr staatlicher Übermacht in der Kritik. Zudem könnte die Innovationskraft durch einen fehlenden Wettbewerb leiden, was in einer globalisierten Welt schwerwiegende Folgen haben könnte. Darüber hinaus gibt es auch eine geopolitische Dimension: Würde die EU eine sozialistische oder kommunistische Planwirtschaft einführen, könnte sie ihren Status als Global Player gefährden. Eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Strukturen könnte dazu

führen, dass andere Regionen wirtschaftlich und technologisch einen Vorteil erlangen.

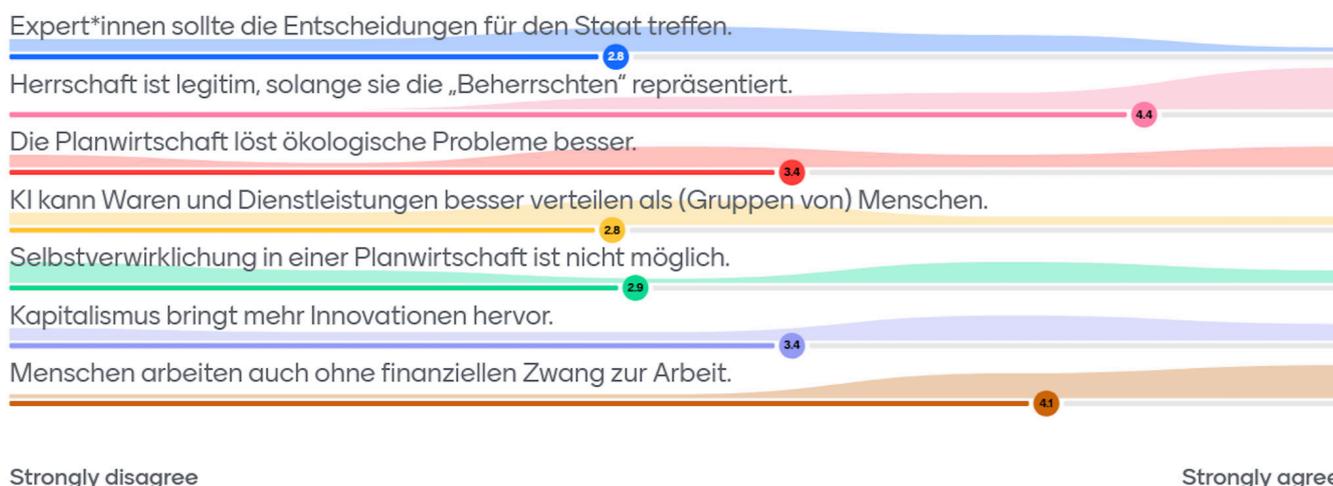
### Ergebnisse der Diskussion

Auch während dieser Diskussionsrunde haben wir die Hauptargumente gesammelt und die Teilnehmer\*innen abstimmen lassen. Die Teilnehmenden sehen die Konzepte Kommunismus und Sozialismus dabei nicht als kurzfristig umsetzbare oder unbedingt wünschenswerte Staatsformen an.

Eines ist jedoch auffallend: Wir

haben viel Definitionsbedarf: Was ist eine klassenlose Gesellschaft? Was ist Herrschaft? Wer sind Expert\*innen? Kommunismus und Sozialismus stellen nicht nur derzeitige Wirtschaftspolitik in Frage, sondern hinterfragen darüber hinaus Grundannahmen der derzeit gelebten Demokratie und freien Marktwirtschaft – und damit hinterfragen sie auch unsere implizit akzeptierten Definitionen.

Wie jede gute Diskussion ließ jedoch auch unsere Veranstaltungsreihe am Ende viele Fragen offen.



Im letzten Teil unserer Diskussionsrunde über alternative Wirtschaftsformen durften unsere Teilnehmer\*innen schließlich über den Sinn oder Unsinn einer Planwirtschaft abstimmen.

# Weltklimaspiel 2024

Klimapolitik als Planspiel

13|12|24

Autor:  
David Mödritzer



Von 13. bis 15. Dezember 2024 veranstaltete die Wirtschaftspolitische Akademie Steiermark (WIPOL) das „Weltklimaspiel“, ein einzigartiges Rollenspiel, das durch seine starke Verbindung zu wirtschaftspolitischen Themen, dem Klimawandel und der internationalen Zusammenarbeit überzeugte.

## Der Spielverlauf

Das Spiel, das mit einer Web-App und einem großformatigen Spielbrett die Welt abbildete, versetzte die Teilnehmenden in die Rollen von Unternehmenschefs, Staatsoberhäuptern, Mitgliedern der Zivilgesellschaft und der Vereinten Nationen. Gemeinsam mussten sie sich wiederholenden extremen Wetterereignissen, sozialen Herausforderungen und den Folgen des Klimawandels stellen. Dabei

wurden internationale Verträge geschlossen, zivilgesellschaftliche Bewegungen mit Protesten und Streiks ausgerufen, und Unternehmen sowie Staaten setzten sich dafür ein, ihre Infrastruktur nachhaltig umzugestalten.

Die Teilnehmer\*innen starteten ihre Reise im Jahr 2000, wobei jede Runde ein Jahrzehnt repräsentierte. Zu Beginn jeder Runde wurden die spezifischen Probleme des jeweiligen Jahrzehnts festgelegt. Diese reichten von Überflutungen und dem Schmelzen der Polkappen bis hin zum Sterben der Korallenriffe. Zusätzlich zog jedes Land Extremwetterereignisse, die es direkt betrafen und denen es sich widmen musste.

Daraufhin begann die Verhandlungsphase, in der alle Akteur\*innen miteinander interagierten, um

Lösungen zu finden. In dieser Phase konnten sie handeln, Ressourcen kaufen und verkaufen, neue Bauwerke errichten oder alte abreißen, Verträge abschließen und technologische oder gesellschaftliche Entwicklungen erwerben, um ihre Lage zu verbessern. Im Anschluss folgte die Aktionsphase, in der jede Partei nacheinander ihre Spielzüge ausführte und ihre Handlungen für die Runde verkündete. Hier zeigte sich auch, ob die Probleme gelöst werden können oder sich ihre Auswirkungen in voller Härte entfalteten. Wie mitreißend das Spiel ist, erkannte man daran, dass es schwer war, die fiktive Rolle abzulegen und wieder in der Realität anzukommen.

## Ein erfolgreiches Ende

Der Höhepunkt des Spiels: Im Jahr

2040 erreichten die Teilnehmer\*innen die Klimaneutralität. Dieser Erfolg war das Ergebnis intensiver Zusammenarbeit, strategischer Entscheidungen und eines tiefen Verständnisses für die komplexen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Klima.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Spiels folgte ein „Debriefing“, bei dem die Teilnehmenden reflektierten, welche Erkenntnisse sie aus dem Spiel für die reale Welt mitnehmen können – vor allem, wie Klimamaßnahmen effektiv umgesetzt

werden können und wie internationale Kooperation entstehen kann.

### **Gemütlicher Ausklang des Abends**

Das Weltklimaspiel war ein voller Erfolg. Drei Tage lang waren die Teilnehmer\*innen in ihren Rollen gefesselt und nahmen aktiv an der Lösung der größten Herausforderungen der Menschheit teil.

Ein herzlicher Dank geht an die Weitblick GmbH, die das Spiel finanzierte, sowie an Katrin Uray, Mathias Schalk und Johannes Wittmann, die das Spiel mit viel Engagement und

Expertise durchführten. Ein ebenso großer Dank gilt den Teilnehmer\*innen, die sich drei Tage Zeit nahmen, um sich in das Spiel zu vertiefen.

Abgerundet wurde das Event von einem gemütlichen Abschluss bei Glühwein und Keksen im Schubertnest, wo die Teilnehmenden noch einmal die Erlebnisse des Spiels Revue passieren ließen.

Die WIPOL Steiermark freut sich auf zukünftige Veranstaltungen, die weiterhin wichtige gesellschaftliche Themen aufgreifen und gemeinsam Lösungen entwickeln.



# “Niemand will mehr arbeiten”

Ein Vortrag von Mario Matzer

13|01|25

Autor:  
David Mödritzer

Wir von der WIPOL haben uns sehr gefreut, das neue Jahr mit dem bereits traditionellen Vortrag von Herrn Mag. Mario Matzer zu beginnen.

An dieser Stelle möchten wir ihm für seine jahrelange Unterstützung herzlich danken.

## „Niemand will mehr arbeiten“

So lautete das diesjährige Thema, das viele von uns schon einmal als Vorwurf an die jüngere Generation gehört haben. Auch unser Vortragender hört diesen Satz nach eigener Aussage immer wieder, etwa von Betriebsräten. In den beinahe drei Stunden seines Vortrags entwickelte Herr Matzer überzeugend, warum es scheinbar so ist, dass die junge Generation „nicht mehr arbeiten will“.

Dank seiner spannenden und anschaulichen Darlegung verflog die Zeit jedoch wie im Nu, sodass niemandem die Länge des Vortrags negativ auffiel.

Zu Beginn betonte Herr Matzer, dass alles, was wir konsumieren oder als wertvoll erachten, nur durch Arbeit möglich wird. Darauf aufbauend folgte auch schon die erste große Erklärung. Viele Arbeiten sind heutzutage weder erfüllend noch sinnvoll im Hinblick darauf, tatsächlich Wert zu schaffen. Zur Untermauerung dieses Arguments verwies Herr Matzer auf David Graebers Forschung.

Vielen ist der 2020 verstorbene Kulturanthropologe durch das thematisch passende Buch „Bullshit Jobs“ bekannt. Darüber hinaus erläuterte er, dass manche Tätigkeiten nicht nur überflüssig sind, sondern unserer Gesellschaft sogar schaden können, etwa Lobbying, Finanz-

marktspekulation oder die Rüstungsindustrie.

## Das erodierte Leistungsprinzip

bildete das nächste große Thema. Die immer stärker werdende Einkommens- und Vermögensungleichheit sorgt dafür, dass zentrale gesellschaftliche Versprechen, wie etwa Wohneigentum, zunehmend unerreichbar werden. Heutzutage ist es oftmals nur noch durch Erbe möglich, sich eine eigene Wohnung oder ein Haus zu leisten. Dadurch werden Machtverhältnisse relevanter als tatsächliche Leistung. Besonders deutlich wird dies durch die stetig steigende Bedeutung von Erbschaften, wie beispielsweise im Erbfall des 2022 verstorbenen Red Bull-Gründers und Milliardärs Dietrich Mateschitz.

Hinzu kommen gravierende Gehaltsunterschiede zwischen vergleichbaren Tätigkeiten in verschiedenen Branchen, was laut Herrn Matzer stark von der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften abhängt. So verdienen Sekretär:innen in einer Anwaltskanzlei trotz ähnlicher Leistung oft weniger als Angestellte im Metallgewerbe. Hier betonte Mario Matzer, wie essenziell es sei, Gewerkschaftsmitglied zu werden.

Wenn man sehe, dass manche Menschen weniger leisten und dennoch weitaus mehr verdienen, sei es zudem wenig verwunderlich, dass sich die Motivation, hart zu arbeiten, in Grenzen hält.

## Der dritte und letzte Schwerpunkt

drehte sich um den Klimawandel. Schlechtes Zukunftsklima und katastrophale Prognosen führten



dazu, dass viele Menschen eine „Die Zukunft ist egal“-Haltung entwickeln würden. Dies spiegle sich nicht zuletzt in sinkenden Geburtenraten wider, denn ohne Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft sinkt auch der Anreiz, sich in Arbeit und Familie zu investieren.

Ein eindringlicher Appell von Herrn Matzer lautete zudem, das Klimaproblem ernst zu nehmen und in dieser Hinsicht aktiv zu werden, denn im Gegensatz zu den meisten anderen Problemen der Menschheit können wir dieses Problem nur jetzt und nicht mehr später lösen.

Am Ende des wirklich mitreißenden Vortrags lag eine spürbare Aufbruchsstimmung in der Luft. Selten erlebt man eine derart starke Motivation, die Probleme unserer Gesellschaft und Menschheit anzugehen und zu überwinden.

# Kleine Bank, große Werte

Die Freie Gemeinschaftsbank Basel zu Besuch in Graz

04|04|25

Autor:  
Laurenz Lauffer



Im April hatte die Wipol einen interessanten Gast aus der Schweiz zu Besuch: Max Ruhri ist Teil der Geschäftsleitung der Freien Gemeinschaftsbank Genossenschaft Basel, kurz FGB, und hielt einen Vortrag über die Grundprinzipien wertebasierten Bankings. Für Schweizer Verhältnisse handelt es sich bei der FGB mit einer jährlichen Bilanzsumme von rund 400 Millionen Schweizer Franken um ein kleines Finanzinstitut. Doch unterscheidet es sich erheblich in seinem Wirken vom konventionellen Bankenwesen: Im Mittelpunkt steht nämlich ein „transparenter Geldfluss, der ökologisch, sozial und realwirtschaftlich ausgerichtet ist“. „Banken hätten die Möglichkeit, so viel sichtbar zu machen“, sagt Max Ruhri an diesem Freitagnachmittag. Er benutzt das

metaphorische Bild einer Blackbox und meint damit, dass es bei klassischen Bankgeschäften immer nur um die Anlegerin und Anleger und deren finanzielle Vorteile geht. Denn wird das Geld angelegt, so werde es zumeist in diverse Finanzportfolios investiert, die dem Werterhalt oder gar der Wertsteigerung dienen sollten; ohne dass dabei näher betrachtet wird, worin das Geld eigentlich investiert wird. Klar, niemand legt sein Geld an einer Bank an, die einem nicht finanzielle Vorteile, also im besten Fall eine passive Vermehrung der Bank einlagen, verspricht, oder? Ruhri ist von einer anderen Logik überzeugt: Denn „sobald die Blackbox transparent gemacht wird, könnten sich Allokationsentscheidungen ändern“, erklärt er. Das Öffnen der Blackbox steht hierbei für die

Antwort auf die Frage: Was kann durch mein Geld eigentlich sonst noch bewirkt werden?

## Ein Marktplatz der Projekte

Die FGB sieht sich als Finanzinstitut in der Rolle der Vermittlerin, vor allem für Treuhandgeschäfte zwischen Anleger:innen und lokalen Projekten, die auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten sind. Sie stellt die Infrastruktur für Beziehungsbildung bereit, veranstaltet etwa regelmäßig einen Marktplatz der Treuhandprojekte, bei denen Projekte ihre Vorhaben vorstellen können. Wenn Anleger:innen sehen, welche gemeinwohlfördernden Projekte mit ihrem Geld finanziert werden könnten, rückt der Aspekt des persönlichen, rein finanziellen Vorteils oftmals in den Hintergrund.

# Happy Birthday, WIPOL-Steiermark!

15 Jahre WIPOL Steiermark

11|04|25

Autor:  
Matthias Salomon



Am 11. April feierten wir gemeinsam im Grazer Lendhafen, inmitten der Grazer Innenstadt, bei sommerlichen Temperaturen das 15-jährige Bestehen der WIPOL-Steiermark. Abgesehen von den Teilnehmenden des aktuellen Jahrgangs besuchten uns zu diesem Anlass auch einige Teilnehmende aus vergangenen Jahrgängen, ehemalige Vortragende sowie eine Delegation der WIPOL Wien, die extra aus der Bundeshauptstadt angereist ist, um mit uns zu feiern. Auf dem Programm stand nach einigen Kennenlernspielen vor allem ein fröhlicher und nostalgischer Rückblick auf 15 Jahre Vereinsgeschichte. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Über 200 Vorträge, Diskussionen und Workshops haben im Rahmen von 15 Jahrgängen der WIPOL Steiermark stattgefunden. Insgesamt zählen wir schon mehre-

re hundert Absolvent:innen, die das Angebot der WIPOL nutzten, um in den kritischen Austausch mit engagierten Kolleg:innen zu kommen.

## Ein breiter thematischer Bogen

Blickt man auf die Inhalte der letzten anderthalb Jahrzehnte, ergibt sich ein breites Feld an Themenschwerpunkten. Die organisierten Veranstaltungen orientierten sich über die Jahre jedoch immer stark an der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Großwetterlage, wie im Rückblick klar erkennbar ist. Während der Fokus in den Anfangsjahren auf den wirtschaftlichen Nachwirkungen der Finanzkrise lag, bewegte sich der Schwerpunkt im Laufe der 10er-Jahre immer mehr in Richtung Klimapolitik und Nachhaltigkeit. Ein plötzlicher thematischer Einschnitt, der zudem auch organisatorisch neue

Herausforderungen brachte, war schließlich die Covid-19-Pandemie. In der jüngsten WIPOL-Geschichte waren es der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energiekrise und die steigende Inflation, die den Fokus unseres Lehrgangs prägten. Ein wahrer „Dauerbrenner“, der uns konstant über die gesamte Zeit begleitete, ist hingegen das Thema Verteilungsgerechtigkeit und die wachsende Ungleichheit.

## Adam Smith und Donald Trump

Um unserem Bildungsauftrag auch an unserem Geburtstag gerecht zu werden und unserem Anspruch, aktuelle Wirtschaftspolitik kritisch zu diskutieren, zu genügen, baten wir als Höhepunkt unserer Jubiläumsfeier einen treuen Begleiter der letzten 15 Jahre, Professor Heinz D. Kurz, zu diesem Anlass ein Impulsreferat

zu halten. Zentraler Inhalt dieses Vortrages waren der durch US-Präsident Donald Trump losgetretene globale Handelskrieg und seine Folgen für die globale Wirtschaft und Demokratie. Kurz gelang es dabei immer wieder, ökonomische Theoriesgeschichte mit der aktuellen wirtschaftspolitischen Großwetterlage zu verbinden. So erörterte er zum Beispiel, wie große Nationalökonominnen wie Adam Smith und David Ricardo schon vor über 200 Jahren eine auf hohen Zöllen basierende Handelspolitik, wie sie die USA unter Donald Trumps Führung derzeit betreiben, als wirtschaftspolitische Einbahnstraßen enttarnten. Auch wenn Kurz' Prognosen und Analysen viele ernsthafte Bedenken über den Zustand globaler Volkswirtschaften und Demokratien beinhalteten, entlockten ihm einige von uns in der anschließenden Diskussion beim Buffet ein motivierendes Fazit für

die Zukunft: Es liegt an uns jungen Generationen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen und negativen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten. Als WIPOL Steiermark versuchen wir, dazu im Kleinen unseren Teil zu tun.

### 15 Jahre gehören gefeiert!

Nach dem spannenden Vortrag folgte ein fröhlicher Ausklang, der noch lange in die Nacht andauerte. Besonders wertvoll war dabei, dass wir im Rahmen unserer Jubiläumsfeier mehrere Generationen der WIPOL vereinen konnten und uns auch mit den angereisten Kolleg:innen aus Wien austauschen konnten. Wir danken uns bei der Arbeiterkammer Steiermark und der Stadt Graz, die durch Susanne Bauer und Karl Dreisiebner auch persönlich vertreten waren, für die finanzielle Unterstützung unserer Jubiläumsfeier und der Arbeiterkammer außerdem all-

gemein für ihr jahrelanges Sponsoring, ohne das der Betrieb der WIPOL in der aktuellen Form kaum möglich wäre. Außerdem bedanken wir uns bei unseren engagierten Mitgliedern, die die letzten anderthalb Jahrzehnte ehrenamtlich unseren Verein geprägt und mit Leben gefüllt haben. Das Fortbestehen von Vereinen mit geringen finanziellen Ressourcen im studentischen Umfeld ist in Anbetracht der turbulenten vergangenen Jahre und des steigenden ökonomischen Drucks auf Studierende keine Selbstverständlichkeit. Ein guter Mix aus Idealismus und Teamarbeit machte das in unserem Fall dennoch möglich. Wir hoffen, dass diese Mischung die WIPOL Steiermark auch in Zukunft weiter florieren lässt und wir in 15 Jahren in einer gänzlich anderen Weltlage wiederum mit Stolz auf den kritischen Diskurs im Rahmen der WIPOL zurückblicken können.



# Die WIPOL zu Besuch im Landtag

Abgeordnetengespräche mit SPÖ und Grünen

06|05|25

Autor:  
Laurenz Lauffer



An einem verregneten Dienstagnachmittag im Mai hat sich die WIPOL Steiermark ausnahmsweise mal nicht in einem Hörsaal oder Vortragsraum wiedergefunden. Nein, dafür machten wir eine Exkursion zum Landhaus in der Grazer Innenstadt, das sowohl den Landtag als auch einige der dort vertretenen Klubs beherbergt. Wie gut also, dass es sich bei diesem Wetter um ein überdachtes Ausflugsziel gehandelt hat.

## **Führung durch das historische Landhaus**

Zuerst stand eine Führung durch die historischen Räumlichkeiten des Landhauses am Programm. Der Guide gab uns eine kurze Einführung in den kunstgeschichtlichen Hintergrund zu jenem Gebäude, dessen bauliche Anfänge bereits

im Jahr 1494 liegen. Von der in den Landhaushof gewandten Balustrade schweiften die Blicke vom Landhausbrunnen bis zur Arkadenbrücke hin und her. Weiter, am Büro des Landtagspräsidenten vorbei, geht es in den alten Steinsaal und in die prunkvolle Landtagsstube.

Hier schlägt das Herz der steirischen Demokratie, wenn die Landtagsabgeordneten einmal im Monat zusammentreten, um Beschlüsse zu fassen, Debatten zu führen und Anträge einzubringen.

## **Knappe Kassen auch auf Landesebene**

Für den zweiten Teil unserer Exkursion wurden wir zu Abgeordnetengesprächen in die Klubräumlichkeiten von SPÖ und Grünen eingeladen. Zuerst besuchten wir die die SPÖ, deren Klub sich direkt im Landhaus

befindet, und trafen uns mit Klubchef Johannes Schwarz. Mit ihm redeten wir über den Arbeitsalltag als Landtagsabgeordnete/r. Gemeinsam beleuchteten wir die verschiedenen Rollen von Landesregierung und Opposition und welche Gesetzgebungskompetenzen den Ländern überhaupt zugeschrieben sind. Ein weiteres Thema war auch das steirische Landesbudget.

Dieses war in den Wochen vor unserem Besuch hitzig diskutiert worden, ausgelöst durch die Budgetrede des aktuellen Finanzlandesrates von der ÖVP, Willibald Ehrenhöfer. Denn auch in der Steiermark macht die Notwendigkeit zum fiskalen Sparen keinen Halt.

Angesichts der angespannten Budgetsituation und der ambitionierten Ziele des Finanzlandesrats bekräftigt Schwarz, dass er und die SPÖ

sich jedenfalls gegen finanzielle Abstriche bei Pflege, Gesundheit und Sozialem einsetzen werden, wenn gleich auch er bei einigen Punkten Reformbedarf ortet. Etwa gehöre die Pflegefinanzierung grundsätzlich neu aufgestellt. Auch diskutierten wir kurz über die Herausforderungen der starken Abwanderung aus ländlicheren Gebieten und was es bräuchte, dass diese auch wieder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber attraktiver werden würden.

Wie sieht Herr Schwarz in die Zukunft? Um die aktuellen Herausforderungen gut zu überstehen, brauche es eine gute Zusammenarbeit zwischen der Länderebene und dem Bund, mit aktiver Beteiligung aller Akteure.

### **Einzelentscheidungen bei Ausbau von Erneuerbaren Energien**

Weiter ging es dann zu Lambert Schönleitner, dem Klubobfrau-Stell-

vertreter der Grünen. Gleich zu Beginn wurde er von einem unserer Teilnehmer angesprochen, ob es denn kein Widerspruch sei, dass die sich die Partei der Grünen teilweise auch gegen große Umwelt-Infrastruktur-Projekte, beispielsweise zum Ausbau von erneuerbaren Energien ausspricht. Daraufhin erklärt Schönleitner, dass für jedes Projekt einzeln entschieden werden müsse, ob die Vorteile auch tatsächlich lokale Nachteile, wie etwa die Zerstörung der Natur, überwiegen würden. Deshalb komme es zu diesen politischen Positionen, die auf den ersten Blick widersprüchlich wirken könnten. Doch grundsätzlich setzten sich die Grünen schon für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger ein. So würden sie etwa ein Ziel von fünfhundert Windrädern in der Steiermark anstreben. Zum Vergleich: Aktuell stehen in der Steiermark nur rund hundertzwanzig Windräder.

### **Sicherheitspolitische Herausforderungen**

Weiters haben wir mit unserem Gastgeber diskutiert, ob es in Bezug auf bestimmte Umweltauflagen nicht mehr Deregulierung bräuchte.

Und auch die aktuelle geopolitische Lage wurde kurz angeschnitten. Etwa ging es darum, wie die Grünen zur kürzlich wiederbelebten Rüstungsstrategie der Europäischen Union stehe.

Es müsse der Fokus auf den Verteidigungsaspekt liegen, erklärt Schönleitner, der auch eine heimische Produktion von Rüstungsgütern nicht für ausgeschlossen hält.

Nach einem interessanten Gespräch und einem Streifzug über viele Themenfelder hinweg, entlässt uns Lambert Schönleitner mit dem folgenden Satz: „Es braucht Mehrheiten für gute Entscheidungen. Denn, wenn es diese nicht gibt, dann hilft auch das ganze Wissen nichts.“



© Grüne Stmk/Puek

# Vermögensbesteuerung

Ein Abend mit Dr. Bernhard Koller

19|05|25

Autor:  
David Mödritzer



Am Montag, dem 19. Mai 2025, versammelte sich unser Jahrgang erneut zu einem hochinteressanten Vortrag – dieses Mal mit Dr. Bernhard Koller, der zum Thema „Vermögensbesteuerung in Österreich“ sprach.

Das Thema könnte kaum aktueller sein: Österreichs neues Budget ist frisch präsentiert, das Haushaltsdefizit klafft – und bemerkenswert ist, dass der dafür verantwortliche Finanzminister Markus Marterbauer erst im vergangenen Jahr bei uns zu Gast war – freilich in seiner damaligen Rolle als AK-Chefökonom.

Gerade deshalb fiel ein entscheidender Punkt besonders auf: Im neuen Budget fehlen vermögensbezogene Steuern nahezu vollständig – und das trotz der offensichtlichen Finanzierungslücken und der bestehenden Ungleichheit im Land.

Das führte uns zum ersten Themenschwerpunkt unseres Vortragenden.

## Wie ungleich ist Österreich?

Dr. Koller begann seinen Vortrag nämlich mit einem eindrücklichen Überblick über die Vermögensverteilung in Österreich – oder besser gesagt: über deren dramatische Schieflage. Bereits die Einkommensverteilung zeigt ein deutliches Ungleichgewicht:

So verdienen ATX-Manager im Schnitt das 62-fache des Medianeinkommens in Österreich.

Doch wer hier bereits von Ungleichheit spricht, wird von der Vermögensverteilung regelrecht erschüttert:

Die reichsten Österreicher:innen besitzen ein über 20.000-fach höheres Vermögen als die Durch-

schnittsbürger:innen. Eine derart extreme Schere zwischen Arm und Reich ist selbst im internationalen Vergleich auffällig.

## Vermögenssteuern: Österreich ein Nachzügler

Trotz dieser Ungleichheit ist Österreich beim Thema Vermögensbesteuerung weltweit eines der Schlusslichter. Gerade einmal rund ein Prozent des Steueraufkommens stammt aus vermögensbezogenen Steuern – während andere OECD-Staaten wie etwa die USA bis zu 10 Prozent ihres Steueraufkommens durch solche Steuern erzielen.

Dr. Koller wies darauf hin, dass der Begriff „Vermögenssteuer“ meist missverständlich verwendet wird: In der öffentlichen Diskussion wird oft nur die klassische Vermögenssteuer verstanden – also eine Abga-

be auf das Gesamtvermögen – doch tatsächlich umfasst der Begriff eine Vielzahl von Instrumenten.

### Welche Vermögenssteuern gibt es – und welche nicht (mehr)?

Österreich hatte in der Vergangenheit mehrere Formen der Vermögensbesteuerung, von denen heute jedoch nur noch wenige eine relevante Rolle spielen:

Die *Grundsteuer* existiert zwar noch, leidet allerdings massiv darunter, dass ihre Bemessungsgrundlage nicht mehr dem aktuellen Marktwerten (also dem Verkehrswert) entspricht – viele Werte stammen noch aus den 1950er Jahren.

Die *Erbschaftssteuer* wurde 2008 abgeschafft. Hauptkritikpunkt war die Bewertung der Erbschaften, doch laut Dr. Koller wäre dieses Problem heute mit marktgerechten Verkehrswerten problemlos lösbar.

*Kapitalertragssteuern* – also Steuern auf den Zuwachs von Vermögenswerten – existieren nach wie vor und sind mit einem Satz von 25 % im internationalen Vergleich durchaus solide positioniert.

### Rückkehr der klassischen Vermögenssteuer?

Im weiteren Verlauf des Vortrags widmete sich Dr. Koller der vielleicht umstrittensten Form: der klassischen Vermögenssteuer, bei der der Bestand an Vermögen jährlich mit einem gewissen Prozentsatz belastet wird.

Diskutiert wurden verschiedene Modelle:

- Der Vorschlag der SPÖ, der Vermögen ab einer Million Euro betrifft und unter anderem vorsieht, dass vererbte Immobilien an Kinder verschont bleiben.
- Der sogenannte „1-2-3-4“-Vorschlag, der abgestufte Steuersätze vorsieht – je nach Höhe des Vermögens.

Beide Konzepte gehen von einem möglichen Steueraufkommen von 1,5 bis 8 Milliarden Euro jährlich aus – je nachdem, wie stark Steuervermeidung oder Kapitalabwanderung dadurch ausgelöst würden. Diese Risiken gelten als zentrale Herausforderungen jeder ernst gemeinten Vermögensbesteuerung.

Ein weiterer Streitpunkt: die Behandlung von Betriebsvermögen.

Hier besteht die Sorge, dass Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten könnten, etwa wenn bei einem Erbfall plötzlich große Summen zu versteuern sind. Eine faire Lösung müsse also wirtschaftliche Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in Einklang bringen.

### Fazit: Eine Frage der Gerechtigkeit

Dr. Kollers Vortrag machte deutlich: Österreich hätte immenses Potenzial, durch eine gezielte und faire Vermögensbesteuerung nicht nur Einnahmen zu erzielen, sondern auch gesellschaftliche Ungleichheit abzubauen. Im internationalen Vergleich gibt es viel Nachholbedarf – und angesichts der kritischen Budgetlage stellt sich immer dringender die Frage: Warum nicht mehr auf Vermögenssteuern setzen?

Der Abend endete mit regem Austausch und vielen offenen Fragen. Doch eines war klar: Das Thema Vermögensbesteuerung wird uns – ökonomisch wie gesellschaftlich – noch lange beschäftigen.



# Verschwörungstheorien

Ein Vortrag von Prof. Gerald Steiner

22|05|25

Autor:  
David Mödritzer



Am Donnerstag, dem 22. Mai 2025, durften wir im Rahmen unserer wirtschaftspolitischen Vortragsreihe Univ.-Prof. Dr. Gerald Steiner begrüßen, Dekan der Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung an der Donau-Universität Krems. Sein Vortrag drehte sich um ein höchst aktuelles Thema: Verschwörungstheorien im Kontext gesellschaftlicher Krisen – und die Rolle des komplexen Denkens bei deren Entstehung und Prävention.

Besonders beeindruckend war, dass Prof. Steiner uns nicht nur Forschungsergebnisse präsentierte, sondern auch das wissenschaftliche Netzwerk dahinter vorstellte: Das Transatlantic Research Lab on Complex Societal Challenges, in dem Forscher:innen unterschiedlichster Diszipli-

nen und Institutionen aus Europa und den USA zusammenarbeiten.

## Transdisziplinäre Forschung als Zukunftsmodell

Ein zentrales Anliegen von Prof. Steiner war es, die Bedeutung transdisziplinärer Forschung zu betonen. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Disziplinen, sondern auch um die aktive Einbindung von gesellschaftlichen Akteur:innen außerhalb der Wissenschaft. Ziel ist es, praktikable Lösungen für komplexe Probleme wie Pandemien zu entwickeln – zum Beispiel durch sogenannte „Decision Theatres“, die auf Basis vorausschauender Datenanalysen Krisenszenarien simulieren und Handlungsspielräume frühzeitig erkennbar machen.

## Was fördert den Glauben an Verschwörungstheorien?

Im Zentrum des Vortrags stand die Präsentation einer groß angelegten Studie, die Prof. Steiner gemeinsam mit internationalen Kolleg:innen veröffentlichte. Diese basierte auf Daten von 3.067 Erwachsenen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (D-A-CH-Region) und untersuchte die Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitsmerkmalen, sozialen Faktoren und dem Glauben an Corona-bezogene Verschwörungstheorien.

Die Ergebnisse zeigen klare Risikofaktoren:

- Ablehnung von COVID-Maßnahmen
- Fehlende Impfbereitschaft
- Regelmäßige Teilnahme an

- religiösen Veranstaltungen
- Nicht wählen gehen
- Eigene COVID-Infektion
- Und in geringerem Maße: Elternschaft (vor allem bei Kindern unter 16 Jahren)

All diese Faktoren waren signifikant mit einem höheren Verschwörungsglauben verbunden.

### **Schutzfaktoren: Komplexes Denken und Vertrauen**

Demgegenüber identifizierte das Forschungsteam auch Schutzfaktoren, die die Wahrscheinlichkeit verringern, an Verschwörungstheorien zu glauben:

- Optimismus
- Vertrauen in andere Menschen (interpersonales Vertrauen)
- Vertrauen in Institutionen
- Vor allem aber: Komplexes Denken

Letzteres stellte sich als besonders starker Einflussfaktor heraus: Personen mit einem hohen „Complexity Thinking Score“ hatten über 50 % geringere Wahrscheinlichkeit, an pandemiebezogene Verschwörungen zu glauben.

Doch was bedeutet komplexes Denken eigentlich? Es beschreibt die Fähigkeit, mehrdimensionale Zusammenhänge zu erkennen, Unsicherheiten zu akzeptieren, und verschiedene Perspektiven gleichzeitig zu berücksichtigen, ohne vorschnelle oder vereinfachte Schlüsse zu ziehen.

### **Bildungspolitik und Vertrauen als Schlüssel**

Ein zentraler Schluss der Studie – und des Vortrags – war: Um Verschwörungstheorien zu begegnen, braucht es mehr als Fakten. Es braucht Transparenz, Ver-

trauensaufbau und die Förderung komplexen Denkens, etwa durch gezielte Reformen im Bildungssystem. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig diese Kompetenzen für die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft sind.

### **Kultur, Kritik und Kubrick**

Den Abschluss bildete eine lebhaft Fragerunde, in der auch kulturelle Aspekte zur Sprache kamen.

Schließlich empfahl uns Prof. Steiner unter anderem die Dokumentation „Kubrick, Nixon und der Mann im Mond“, die sich mit der Frage beschäftigt, wie leicht sich Verschwörungstheorien verfestigen können – und wie paradoxerweise ein Werk, das Verschwörungstheorien kritisieren will, selbst zu ihrer Verbreitung beiträgt.



# Standort Steiermark

Wie aus der Krise?

27|05|25

Autor:  
Laurenz Lauffer



© Aciarium, Wikipedia (CC BY-SA 4.0)

Bereits seit ein paar Jahren steckt die heimische Industrie in Schwierigkeiten: Hohe Energiepreise, eine strahlende Nachfrage, Fachkräftemangel, drohende Zölle und die Notwendigkeit der grünen Transformation.

Wie also kann der Wirtschaftsstandort Steiermark aus der Krise kommen?

Dieser Frage und möglichen Antworten widmeten wir uns im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Auf dem Podium zu Gast saßen zwei Vertreter der Sozialpartnerschaft:

Dr. Ewald Verhounig, Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Standortentwicklung an der Wirtschaftskammer Steiermark, sowie Mag. Mustafa Durmuş, Regionalsekretär bei der Gewerkschaft GPA Steiermark.

Komplettiert wurde die Runde durch unseren Jahrgangsführer Laurenz Lauffer in der Rolle des Moderators.

Zu Beginn galt es den Status quo der heimischen Industrie zu beleuchten.

Laut einer Konjunkturprognose des WIFO im März befindet sich Österreich mittlerweile im dritten Rezessionsjahr in Folge.

Für die Industrie soll es in der zweiten Jahreshälfte aber wieder leicht bergauf gehen. Dennoch ist die heimische Industrie sehr eng mit der deutschen verwoben, wo auch die letzten Krisenjahre ihre Spuren hinterließen und Unsicherheit über die weitere Entwicklung besteht.

Doch Dr. Verhounig betonte, dass sich die Industrie zwar nach wie vor in einer herausfordernden Situation befindet, es aber auch wichtig sei, zu unterscheiden. Es gäbe nicht die eine Industrie als Einheit, vielmehr würden einzelne Branchen vor unterschiedlichen Problemen stehen.

## Hohe Energiepreise

Ein Problem, das aber fast alle betrifft, seien die hohen Energiepreise

hierzulande.

Das hält auch Mag. Durmuş für problematisch und fordert einen Preisdeckel. Die Wirtschaft klagt schon länger über hohe Kosten und eine Regulierung der Energiepreise sei die richtige Antwort, anstatt bei den Löhnen zu kürzen. Niedrigere Energiepreise würde auch Dr. Verhounig für begrüßen, jedoch brauche es langfristige Lösungen für die Planungssicherheit von Unternehmen.

## Attraktivität durch Kinderbetreuung

Ein Thema, bei dem sich die Diskutanten einig sind und dringenden Handlungsbedarf orten, ist die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Steiermark, sowohl für Unternehmen als auch Arbeitnehmende. Vor allem im ländlichen Raum sei es wichtig, die Daseinsvorsorge zu erhalten und auszubauen. Denn sonst werde der Trend des

Wegzugs in Richtung urbanes Gebiet verstärkt und fehlende Arbeitskräfte in den Regionen seien dann das Resultat. Diskutiert wurde hier vor allem das Thema der Kinderbetreuung. Hier brauche es mehr deutlich Angebot. Herr Verhounig betonte in diesem Kontext, dass sich die Steiermark im Bundesländervergleich bei den Betreuungsplätzen sehr weit unten befindet.

### Sozialpartnerschaft als Unikat

Die letzte Frage zielte auf die Sozialpartnerschaft ab. In dieser Form und Ausprägung ist sie im Vergleich zu anderen Ländern ein österreichisches Unikat – ist sie also immer noch ein Erfolgsmodell? Beide Diskutanten bejahen diese Frage. Natürlich sei man sich nicht immer einig, dennoch sei es von hohem Wert, dass sich Arbeitgebende und Arbeitnehmende an einen Tisch

setzen würden, um ihre Vorstellungen diskutieren und oftmals auch zu konstruktiven Kompromisse zu finden. Zu weiteren Themen, die kurz behandelt wurden, gehörte etwa der Arbeitsmarkt, wobei hier insbesondere über die Lehrlingsausbildung diskutierten. Auch über die Fachkräftegewinnung und die Bedeutung der nächsten Lohnverhandlungen haben wir mit unseren Gästen gesprochen.



© Armin Ademovic, Wikipedia (CC BY-SA 4.0)



© Andrew Bossi, Wikipedia (CC BY-SA 2.5)

# Klimakrise: Krise für wen?

Ein feministischer Vortrag von Syntia Hasenöhl

13|06|25

Autorin:  
Lilli Frei



Zwar ist oft von der „Menschheit“ als Verursacherin des Klimawandels die Rede, doch diese globale Abstraktion verschleierte, dass die Verantwortung höchst ungleich verteilt ist, erklärte uns die Politikwissenschaftlerin Syntia Hasenöhl im letzten Vortrag des heurigen WIPOL-Jahrs. Laut einem Oxfam-Bericht von 2020 verursachen die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte aller CO<sub>2</sub>-Emissionen – mehr als zehnmal so viel wie die ärmere Hälfte zusammen. Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck eines Durchschnittsösterreichers oder einer Durchschnittsösterreicherin liegt bei rund acht Tonnen pro Jahr – in Bangladesch dagegen bei weniger als eine Tonne. Und doch wird Bangladesch zu einem der am stärksten vom Meeresspiegelanstieg bedrohten Länder.

Schon heute rechnet man dort mit rund einem von sieben Menschen, der künftig als „climate refugee“ gelten könnte.

Auch historisch zeigt sich eine drastische Schiefelage: Die USA, Deutschland und andere westliche Industrienationen haben sich in den letzten 150 Jahren einen Großteil des globalen „Kohlenstoffbudgets“ angeeignet. Die Atmosphäre – so lautet eine der provokantesten, aber treffendsten Aussagen – ist kolonialisiert. In diesem Kontext lässt sich der Begriff der „Klimaschuld“ verstehen: Wer hat die planetaren Grenzen überschritten – und wer muss heute unter den Folgen leiden?

## Wie lebt Kolonialismus in der Klimakrise weiter?

Kolonialismus bedeutet nicht

nur historische Unterdrückung, sondern wirkt in ökonomischen, politischen und epistemischen Strukturen fort. Ein prägnantes Beispiel: Nach dem erfolgreichen Sklavenaufstand in Haiti im Jahr 1804 zwang Frankreich das befreite Land, Entschädigungen an ehemalige Sklavenhalter zu zahlen – insgesamt etwa 150 Millionen Franc. Diese Schuld lähmte die wirtschaftliche Entwicklung Haitis über Jahrzehnte und wurde erst 1947 vollständig getilgt. So entsteht aus historischer Ausbeutung ein Kreislauf aus Abhängigkeit und Ungleichheit, der bis heute in der Klimakrise nachwirkt.

Auch moderne Rohstoffpolitik folgt oft kolonialen Mustern. So plant die EU derzeit eine Wasserstoffpartnerschaft mit Ländern des globalen Südens, etwa in Nordaf-

rika oder Südamerika. Technologisch und klimapolitisch sinnvoll – aber wer profitiert davon wirklich? Werden erneut Ressourcen extrahiert, ohne Rücksicht auf lokale Ökosysteme und Lebensrealitäten? Die Frage lautet also nicht nur: Was wird gemacht? – sondern: Wer entscheidet? Wer gewinnt? Und wer trägt die Kosten?

### Wer spricht – und wer wird gehört?

Westlich geprägte Klimapolitik setzt vor allem auf technologische Innovation: CO<sub>2</sub>-Speicherung, Elektromobilität, Emissionshandel. Doch was ist mit anderen Formen des Wissens? Indigene Gemeinschaften leben seit Jahrhunderten in symbiotischer Beziehung zur Natur, doch ihre Stimmen werden im globalen Diskurs kaum berück-

sichtigt. Stattdessen dominiert ein Wissenschaftsverständnis, das vor allem auf Zahlen, Daten und Kontrolle basiert – ein Denken, das aus der Aufklärung hervorging, aber eng verwoben ist mit kolonialer Herrschaft. Auch unter Aktivistinnen zeigen sich Ungleichheiten: Während Namen wie Greta Thunberg oder Luisa Neubauer weltweit bekannt sind, bleiben „People of colour“-Aktivistinnen wie Fania Noël, Gina Cortés oder Vandana Shiva oft unsichtbar. Sichtbarkeit ist keine neutrale Größe – sie ist Teil von Macht. Wer gehört wird, entscheidet mit darüber, welche Lösungen als legitim gelten.

### Was bedeutet Klimagerechtigkeit wirklich?

Eine feministische und dekoloniale Perspektive auf die Klimakrise

fordert: Nicht nur Emissionen zählen, sondern auch Gerechtigkeit. Es reicht nicht, CO<sub>2</sub>-neutral zu werden – wir müssen soziale, historische und politische Ungleichheiten auflösen. Denn die Ursachen der Krise liegen im Streben nach immer mehr: mehr Wachstum, mehr Gewinn, mehr Ressourcen. Diese Logik ist nicht zufällig – sie ist Teil eines Systems, das weiße, westliche Lebensstile zur Norm gemacht hat. Daher müssen Lösungen dort ansetzen, wo dieses System beginnt: bei unseren Vorstellungen von Fortschritt, Wohlstand und Natur. Echte Transformation brauche neue Beziehungen – zu uns selbst, zueinander und zur Natur, meint Syntia Hasenöhr. Nur so könnten Utopien entstehen, in denen es nicht um Kompensation, sondern um gerechte Teilhabe gehe.





# Weitere Veranstaltungen

**04.11.2024**

Online-Expertendiskussion zu den US-Wahlen mit Terry Classen (USA)

**17.12.2024**

Museumsführung: „Frauen zwischen Erwerbs- und Sorgetätigkeit“

**09.01.2025**

Filmabend: „Das Wunder von Wörgl“ (in Kooperation mit der JEF Steiermark)

**26.03.2025**

Vortrag von Bilgin Ayata zum Thema Migration und Grenzpolitik

**24-25.05.2025**

Gemeinsame Hüttenwanderung mit der WIPOL Wien und der WIPOL Tirol

**28-29.06.2025**

Gemeinsames Abschlusswochenende mit der WIPOL Wien und der WIPOL Tirol

# IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:  
Wirtschaftspolitische Akademie Steiermark  
Kalvariengürtel 9/9  
8020 Graz  
ZVR: 757974488

KONTAKT:  
E-Mail: [steiermark@wipol.at](mailto:steiermark@wipol.at)  
Web: [steiermark.wipol.at](http://steiermark.wipol.at)

LAYOUT:  
Raffael Reithofer (nach einem Design von Christoph Madl)

## VORSTAND



Laura Böhm



Felix Kampus



Christina Praßl



Raffael Reithofer



Matthias Salomon

## JAHRGANGSLEITUNG 2024/2025



Johannes Wittmann | Laurenz Lauffer | Lilli Frei | David Mödritzer

